



## Tagung "10 Jahre Selbstenttarnung des 'NSU' - Wo stehen wir heute im Umgang mit rechter Gewalt?"

10 Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU reden wir mit Betroffenen der Anschläge in Hanau, Halle und des NSU darüber, wie sich der Umgang mit rechter Gewalt in unserer Gesellschaft (nicht?) geändert hat und was die wichtigsten Forderungen für die Zukunft sind.

Gleichzeitig nutzen wir den Anlass, um ein Licht auf die konkrete Situation in Berlin zu werfen und knüpfen damit an die erfolgreiche Veranstaltung „Hassgewalt begegnen – Betroffenen stärken“ an, die im Februar 2020 im Roten Rathaus Berlin stattgefunden hat. Über 250 Vertreter:innen aus Justiz, Ermittlungsbehörden, Zivilgesellschaft und Betroffenenverbänden kamen zusammen, um darüber zu diskutieren, wie aus Betroffenperspektive die Verfolgung von Hasskriminalität verbessert werden kann.

Seitdem ist in Berlin viel passiert: die Berliner Polizei hat einen 11-Punkte Plan „zur internen Vorbeugung und Bekämpfung von möglichen extremistischen Tendenzen“ aufgesetzt und die Stelle einer Extremismusbeauftragten eingerichtet, bei der Staatsanwaltschaft Berlin wurde die Zentralstelle Hasskriminalität etabliert, die Sonderbeauftragten zur Anschlagsserie in Neukölln haben einen Zwischenbericht veröffentlicht, ein Landesfonds zur Unterstützung Betroffener politisch-extremistischer Straftaten wurde aufgesetzt und nicht zuletzt ist das Landesantidiskriminierungsgesetz in Kraft getreten und die zugehörige Ombudsstelle hat ihre Arbeit aufgenommen.

Was genau aber bedeutet das für Betroffene von Hassgewalt? Welche Veränderungen bringen die Maßnahmen tatsächlich mit sich und welche Anpassungen und Ausweitungen sind notwendig? Gemeinsam mit Betroffenenvertreter:innen, Vertreter:innen aus Ermittlungsbehörden und Justiz und anderen Expert:innen wollen wir die umgesetzten Maßnahmen auf ihren Gehalt prüfen und unter anderem mit den Forderungen der NSU-Untersuchungsausschüsse abgleichen.

Eine Teilnahme an der Veranstaltung in Präsenz oder digital ist nur nach vorheriger Anmeldung möglich.

[Anmeldung zur Veranstaltung](#)

### Datum

03.11.2021, 11:00 - 20:30

### Ort

Berlin in Präsenz und Online (hybrid)

### Schirmherrschaft

Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin

### Programm

#### 11:00

##### Eröffnung und Begrüßung

Timo Reinfrank - Amadeu Antonio Stiftung

#### 11:15

**Einführungsvortrag: 10 Jahre nach dem 'NSU' – Was hat sich (nicht) verändert?**

#### 11:45 - 12:45

**Eröffnungspodium: Hasskriminalität und Rechte Gewalt in Berlin – eine Bestandsaufnahme**

u.a. mit:

Özge Pinar Sarp – ReachOut Berlin - Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt  
Sigmund Königsberg – Antisemitismusbeauftragter der Jüdischen Gemeinde Berlin  
Jouanna Hassoun – REDAR - Recherche- und Dokumentationsprojekt antimuslimischer Rassismus  
Mirjam Blumenthal – Die Falken Neukölln

#### 13:00 - 14:30

**Panel 1a: Freund oder Feind? – Erfahrungen mit Polizei**

u.a. mit:

Jeff Kwasi Klein – Each One Teach One (EOTO) e.V.  
Aron Korozs – Amaro Foro e.V.  
Anja Reuss – Zentralrat Deutscher Sinti und Roma  
Dr. Sonja John – Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Forschungsprojekt zu "Police Accountability"  
Dennis Golcher – Senatsverwaltung für Inneres und Sport

**Panel 1b: Rechte Gewalt ernst nehmen – Konsequente strafrechtliche Verfolgung von menschenverachtenden Motiven**

u.a. mit:

Margarete Koppers – Generalstaatsanwältin in Berlin  
Anne Helm – Sprecherin für Strategien gegen Rechts der Linkenfraktion im Abgeordnetenhaus  
Bianca Klose – Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

#### 15:00 - 16:30

**Panel 2a: Die richtigen Grundlagen schaffen: Diskriminierungssensible Organisationsentwicklung**

u.a. mit:

Ikram Errahmouni-Rimi – Juristin und Expertin für eine diskriminierungssensible Arbeitskultur  
Doris Liebscher – Leiterin der Ombudsstelle zum Landes-Antidiskriminierungsgesetz Berlin  
Prof. Sandra Schmidt – Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Professorin für Einsatz- und Führungslehre  
Kriminaldirektor Wolfram Pemp – Antisemitismusbeauftragter der Polizei Berlin

**Panel 2b: Der Gerichtssaal als Ort der Aufklärung und Anerkennung?**

u.a. mit:

Heike Kleffner – Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) e.V.  
Benjamin Steinitz – Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) e.V.  
Jenny Fleischer – Rechtsanwältin Berlin  
Peter Schuster – Vorsitzender Richter am Landgericht Berlin

#### 16:45 - 18:15

**Panel 3: Wer wird geschützt? – Sekundäre Viktimisierung durch Ermittlungsbehörden und Justiz**

u.a. mit:

Daniel Geschke – Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena  
Larissa Nägler – OPRA Berlin, Psychologische Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt  
Christopher Schreiber – Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg (LSVD) e.V.  
Gabriele Andert – Koordinatorin für Opferschutz der Landesdirektion der Berliner Polizei (*angefragt*)

#### 18:30 - 20:30

##### Abendveranstaltung:

**Kontinuitäten im Umgang mit rechter Gewalt – Forderungen von Betroffenen der Anschläge des 'NSU', in Halle und Hanau**

mit:

Anetta Kahane – Amadeu Antonio Stiftung  
Mehmet Daimagüler – Rechtsanwalt und Nebenklagevertreter im NSU-Prozess  
Abdulkerim Şimşek – Sohn des vom 'NSU' ermordeten Enver Şimşek  
Serkan Yıldırım – Überlebender des 'NSU'  
Armin Kurtović – Vater des in Hanau ermordeten Hamza Kurtović  
Christina Feist – Überlebende des rechtsterroristischen Anschlags in Halle

#### Hinweis zur Ausschlussklausel:

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.

## Gefördert durch

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

**berlin**

Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung



Demokratie. Vielfalt. Respekt. In Berlin.

Das Landesprogramm

Überprüfter Bildungsträger

Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen

Initiative Transparente Zivilgesellschaft

### Kontakt

Amadeu Antonio Stiftung  
Novallisstraße 12  
10115 Berlin  
info@amadeu-antonio-stiftung.de  
Tel.: +49 (0)30 240 886 10  
Fax: +49 (0)30 240 886 22

### Spendenkonto

Amadeu Antonio Stiftung  
GLS Bank Bochum  
BLZ 430 609 67  
Konto 6005 0000 00  
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00  
BIC: GENODEM1GLS

[Spenden](#)

### Socials

Facebook Instagram  
 Twitter YouTube  
 TikTok

### Menü

[Über uns](#)  
[Presse](#)  
[Projekte](#)  
[Publikationen](#)  
[Chroniken](#)  
[Ausstellungen](#)  
[Termine](#)  
[Newsletter](#)